

darlegt, verschleiern die bürgerlichen Verfassungen und bürgerliche Verfassungslehren zumeist die sozialpolitische Seite der Wirtschaft.

Der BRD-Staatsrechtler M. Kriele z. B. bezieht sich auf einen Rechtsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts, wonach das Grundgesetz angeblich „wirtschaftspolitisch neutral“⁴⁴ sei. Wie diese verfassungsgerichtlich abgesegnete „Neutralität“ tatsächlich zu verstehen ist, wird deutlich, wenn Kriele zugleich einräumt, daß die Einführung einer „Planwirtschaft“ verboten ist, da dies eine „Schwelle“ überschreite, nämlich die „restlose Entziehung der Verfügungsbefugnis“ über das private Eigentum. Enteignungen und eine Planwirtschaft würden „die persönliche Freiheit und Sicherheit jedes einzelnen beeinträchtigen“⁴⁵. Indes ist es eine alte mit ideologischem Vorbedacht vorgetragene Legende, daß persönliche Freiheit und Sicherheit jedes einzelnen an Privateigentum sowie an „freie Marktordnung“ gebunden sei. 2 Millionen Arbeitslose in der BRD, die Bildungsmisere sowie die allgemeine Preis- und Mietentwicklung demonstrieren sehr deutlich, an welcher Schwelle Freiheit und Sicherheit der Werktätigen enden: an der Macht und den Interessen der Monopole.

Das sozialistische Eigentum beruht auf der planmäßigen Arbeit der Werktätigen. Es wird zur immer besseren Befriedigung ihrer materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse und Interessen genutzt. Die Werktätigen schützen es vor Angriffen und Beeinträchtigungen. Dem sozialistischen Charakter der Produktions- und Eigentumsverhältnisse entspricht auch die politische Macht als eine progressive ökonomische Potenz. Sie verkörpert eine neue, höhere Form der Organisation der Arbeit gegenüber allen vorangegangenen Typen der Klassenherrschaft.⁴⁶

Die sozialistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse, die politische Macht der Arbeiterklasse in Gestalt des sozialistischen Staates sowie die staatliche Leitung und Planung der Volkswirtschaft in Anwendung des demokratischen Zentralismus bilden eine untrennbare Einheit.

Die Gegner des Sozialismus möchten diese Einheit sprengen. Die staatliche Leitung und Planung zu liquidieren, darum geht es solchen konterrevolutionären Ideologen wie O. Sik; er fordert, „die Linie von der Selbstverwaltung in der Wirtschaft bis zum Pluralismus

im politischen Bereich konsequent durch->(zu)ziehen“⁴⁷. Auf der gleichen ideologischen Linie liegt F. Nuscheler, der neben einer „prinzipiellen Infragestellung des ‚demokratischen Zentralismus‘“ eine „Infragestellung der Allmacht des sozialistischen Staates“, die „Überführung des ... zentralisierten Staatseigentums in dezentralisiertes gesellschaftliches Eigentum“ sowie den „Aufbau von Selbstverwaltungsorganen in allen gesellschaftlichen Bereichen“⁴⁸ fordert.

Diese Angriffe gegen die sozialistische Planwirtschaft zielen auf die Zerstörung der materiell-technischen und ökonomischen Kraft des Sozialismus ab. Weder die kapitalistische noch die sozialistische Wirtschaft vermag die Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Revolution ohne den Staat zu lösen. In einer Zeit, in der in den imperialistischen Ländern eine immer stärkere Konzentration der Wirtschaft offensichtlich ist und der Staat immer umfassender im Interesse der Monopole die Entwicklung von Wissenschaft und Technik finanziell absichert und staatlich steuert, werden den sozialistischen Staaten Empfehlungen zur Beseitigung der Vorzüge gegeben, die aus dem sozialistischen Eigentum erwachsen und durch die sozialistische Planwirtschaft wirksam werden. I

Die Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus sichert die Einheitlichkeit der Staats- und Gesellschaftsorganisation, das wirksame Funktionieren des sozialen Gesamtmechanismus wie jedes einzelnen seiner Bestandteile. Die Bestimmung der Verfassung über die Anwendung des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsleitung (vgl. Art. 9 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 47 Abs. 2) entspricht darum den objektiven Erfordernissen der sozialistischen Ökonomie.

44 Vgl. M. Kriele, Legitimitätsprobleme der Bundesrepublik, München 1977, S. 133.

45 a. a. O., S. 125

46 Vgl. K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 545 f.; W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, a. a. O., S. 408 f.

47 O. Sik, Für eine Wirtschaft ohne Dogma, München 1974, S. 144.

48 F. Nuscheler, „Sozialistischer Pluralismus“, in: Pluralismus - Grundlegung und Diskussion, Opladen 1980, S. 149.